

**Geschäftsführung
Behindertenbeirat**

Es informiert Sie	Guido Schäfer
Telefon (0202)	563 - 2713
Fax (0202)	563 - 8177
E-Mail	guido.schaefer@stadt.wuppertal.de
Datum	23.09.2009

Niederschrift

über die öffentliche Sondersitzung des Behindertenbeirates (SI/7850/09) am 19.08.2009

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Hans Bernd Engels, Frau Christel Longrée, Herr Jörg Werner

Beiratsmitglieder

Herr Klaus E. Altenfeld, Herr Günter Andreß, Herr Jörg Blume, Frau Petra Bömkes, Frau Erika Bräuer, Frau Ulla Conen, Frau Claudia Conrads, Herr Berthold Gottschalk, Herr Peter Hansen, Herr Ralf Otto Jacob, Frau Barbara Kordes, Herr Jürgen Krefting, Frau Sabine Neubauer, Herr Theodor Norf, Herr Heinz Schöpp, Herr Jörg Schulte, Frau Annegret Trappmann-Bell, Frau Else Witt

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Charlotte Dahlheim, Herr Michael Lehnen

Schriftführer

Herr Guido Schäfer

Nicht anwesend sind:

Beiratsmitglieder

Herr Reinhard Fliege, Herr Elias Hadjiandreou, Frau Elke Lindsiepe-Gierling, Herr Gottfried Paul-Roemer, Herr Bernhard Reinshagen, Herr Detlef Schmitz, Frau Christel Simon, Herr Bernd Winkelmann

Schriftführer:

Guido Schäfer

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18.10 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Der Vorsitzende Herr Engels begrüßt die anwesenden Mitglieder des Behindertenbeirates und Gäste.

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beschluss des Behindertenbeirates vom 19.08.2009:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift / Tagesordnung

Beschluss des Behindertenbeirates vom 19.08.2009:

Die Niederschrift vom 10.06.09 wird unter Punkt 5 dahingehend geändert, dass es sich nicht um die JVA Remscheid sondern die JVA Ronsdorf handelt. Die Niederschrift zu Sitzung vom 10.06.09 wird genehmigt

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

4 Wahlprüfsteine Kommunalwahl 2009 - Anlage zur Einladung -

Barrierefreier Wohnungsbau in Wuppertal

Der Anteil an barrierefreien Wohnungen muss bei Neu- und Umbauten vorhanden sein, leider funktioniert dieser Gedanke nur bei Neubauten, bei Altbauten besteht keine gesetzliche Regelung. Das Gremium regt an, dass Kontakt zu großen Wohnungsbaugesellschaften gesucht wird, da der Leerstand von Wohnungen ökonomisch keinen Sinn macht und es daher sinnvoller ist, dass Wohnungen barrierefrei umgebaut werden.

Es wird angeregt, dass ein „Runder Tisch“ eingerichtet werden soll, der sich mit dieser Problematik beschäftigt. Frau Dahlheim bestätigt, dass Planungen bereits laufen. Die anwesenden Parteien unterstützen die Bemühungen.

Barrierefreiheit im Bereich Straßen und Verkehr, öffentliche Gebäude, Schulen und Kindergärten, Sport und Versammlungsstätten

Herr Engels berichtet, dass die Umsetzung in einigen Bereichen sehr gut funktioniert, insbesondere im Bereich der Bäder wurde der barrierefreie Umbau in drei Bädern (Schwimmoper Ende 2009, in 2010 bekommt das Schwimmbad „Röttgen“ einen barrierefreien Umbau. Dann vier Bäder Barrierefrei in Wuppertal) bereits umgesetzt.

Im Bereich der Gaststätten, Straße und Plätze besteht jedoch noch ein hoher Bedarf an Umsetzung der DIN.

Teilweise werden auch Empfehlungen des Behindertenbeirates nicht oder nur in geringem Maße umgesetzt. Hier werden als Beispiele der Umbau der Loher Brücke und das Opernhaus bezüglich des fehlenden Einbaus von taktilen Elementen genannt. Bei den Einstiegen an den Haltestellen der WSW gibt es noch immer Probleme mit der Schulung der Busfahrer.

Der § 55 der Landesbauordnung wird nochmals bezüglich der Unterscheidung Nutzer und Besucher in Frage gestellt.

Schulische Integration/ Gemeinsamer Unterricht/ Inklusion

Der Bedarf an schulischer Integration ist höher als das bisher vorhandene Angebot, insbesondere in den Weiterführenden Schulen und den Berufskollegs. Wichtig für die Umsetzung der schulischen Integration ist es, dass genügend Mitarbeiter vorhanden sind und diese eine entsprechende Qualifizierung haben. Die Finanzierung muss gesichert werden!

Wenig und schlecht qualifiziertes Personal geht zu Lasten der Kinder, die dringend Hilfe benötigen.

Das Wuppertalersystem ist gut, jedoch sieht das Gremium in diesem Bereich den Landschaftsverband Rheinland mehr in der Pflicht.

Die Politik wird gebeten, dass dieses Thema auch in den Fraktionen diskutiert wird.

Das Thema schulische Integration muss auch ein wichtiges Thema für die Landtagswahl sein.

Das Thema Abschaffung der Förderschulen wird kontrovers diskutiert, jedoch als große Gefahr gesehen, wenn kein geeignetes System im ausreichenden Maße zur Verfügung steht, dass eine entsprechende Chancengleichheit für alle Schüler bietet.

Qualifizierte Mitarbeiter im Bereich der schulischen Integration

Es wird nochmals verdeutlicht, dass die schulische Integration mit der Qualifizierung der Mitarbeiter eng verbunden ist, denn nur qualifiziertes Personal kann entscheidend zur Entwicklung innerhalb der schulischen Integration beitragen. Die Finanzierung der Ausbildung muss gesichert sein!

Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit Behinderungen in den Bezirksvertretungen

Herr Engels berichtet, dass ein gemeinsames Schreiben der Behindertenbeiräte des Städtedreiecks Remscheid-Solingen-Wuppertal zur Änderung der Gemeinde-Ordnung an die Landesbehindertenbeauftragte, Frau Gemko, gesandt wurde.

Herr Blume von der SPD-Fraktion regt an, dass sich auch behinderte Menschen in den Parteien engagieren und sich so auch, ohne Rederecht in den Bezirksvertretungen, einbringen können.

Seitens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird die Forderung unterstützt.

Öffentliche Toiletten

Bezüglich der öffentlichen Toiletten bittet der Behindertenbeirat um Unterstützung seitens der Politik. Es wird angeregt, dass nochmals das Ressort 104 eingeladen wird, was jedoch aus Sicht des Behindertenbeirates keinen Sinn macht, da das Ressort 104 bereits einen Vortrag bezüglich behinderten Toiletten im Beirat gehalten hat und eine weitere Umsetzung von Maßnahmen nur mit der Unterstützung der Politik möglich ist.

Haushaltseinsparungen

Im Gremium herrscht große Unsicherheit, was mit den freiwilligen Leistungen der Stadt Wuppertal zukünftig passieren wird.

Es wird festgestellt, dass die Stadt Wuppertal nicht ohne freiwillige Leistungen auskommen wird, der Rat jedoch in seiner finanziellen Entscheidungskompetenz erheblich eingeschränkt ist, da diese durch die Bezirksregierung in Düsseldorf getroffen wird.

Aus diesem Grund müssen die Parteien gestärkt und unterstützt werden, denn der Tenor ist, dass sich Wuppertal wehrt und fordert, dass es keine Einschnitte in den freiwilligen Sozialleistungen gibt.

Umsetzung der Forderungen „ Ambulant vor Stationär “ und „ Reha vor Pflege“

Die Umsetzung Ambulant vor Stationär ist eine größere Belastung für die Kommunen, jedoch wurden in Wuppertal gute Strukturen geschaffen, wie z.B. im Bereich ambulant betreutes Wohnen.

Es wird in diesem Zusammenhang auch auf die bestehenden Richtlinien der WHO verwiesen.

Herr Jacob regt an, dass für diesen Gesprächspunkt ein Gastredner für eine der nächsten Sitzungen eingeladen werden sollte, die Koordinierung würde Herr Jacobs sicherstellen.

5 Verschiedenes

Der Wegweiser Gastronomie ist fertig gestellt und über Frau Dahlheim erhältlich.

Engels
Vorsitzender

Guido Schäfer
Schriftführer